rote garde

**tribüne der revolutionären jugend**

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten), Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha, alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Cerningasse 15/2.

P. b. b. Verlagspostamt 1200 Wien, Erscheinungsort: Wien.

Einzelpreis: S 3,–
Jahresabo: S 24,–

Zuschriften an:
1205 Wien, Postfach 3.
Telefon 42 82 00

August 1971
Nummer 25



# 5 ehemalige Nazis
in der Regierung
# sind zu wenig

**Deshalb müssen die Wähler am 10. Oktober zu den Urnen. Damit Kreiskys künftiger Koalitionspartner zusätzlich noch den einen oder andern Minister mit brauner Vergangenheit beisteuern kann.**

**Dann sind die Herren „Fachleute" bald unter sich. Zum Beispiel der Minister Rösch (NSDAP-Mitglieds-Nr. 8 595 796). Der Minister Weihs (NSDAP-Mitglieds-Nr. 1 089 867). Der Minister Frühbauer (NSDAP-Mitglieds-Nr. 10 035 793). Der Minister Moser (NSDAP-Mitglieds-Nr. 6 269 837). Der Minister Gratz (Zögling von Hitlers Führernachwuchsschule „Napola").**

**Und nach den nächsten Wahlen vielleicht auch noch ein SS-Obersturmführer und andere abgetakelte Nazi-Größen.**

Welches **Heil** sollen wir uns von diesen Leuten erhoffen?

---

**Nur der außerparlamentarische Kampf kann das arbeitende Volk vorwärtsbringen.**
**BOYKOTTIERT DIE SCHWINDELWAHLEN!**

*Wenn Sie aber unbedingt wählen wollen, dann*

# wählen Sie 43 66 863

*Das ist die Telefonnummer im Lokal der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter (VRA) in 1080 Wien, Schönborngasse 6. Wir von der VRA sind allerdings keine Schreibtischfunktionäre, sondern allesamt berufstätig, so daß wir nur hin und wieder im Lokal anzutreffen sind. Am besten, Sie rufen uns an einem Dienstag oder Freitag ab etwa 19 Uhr an, dann ist ganz bestimmt irgendeiner von uns anwesend.*

*Übrigens, die VRA ist eine Organisation, die konsequent für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung eintritt.*

*Der Marxismus-Leninismus hat in Österreich noch einen langen Weg vor sich. Die VRA ist da, um ihn kürzer zu machen.*

# rote garde*

**tribüne der revolutionären jugend**




darüber auf den Seiten 2 und 3

DIE BOSSE RAFFEN - DER LEHRLING DARF SCHAFFEN

DER "MITARBEITER" ARBEITET MIT
DOCH NUR FÜR DES UNTERNEHMERS DICKEN PROFIT

# LEHRLING DU WIRST BETROGEN!

LEHRLING, DU WIRST BETROGEN!

wie du betrogen wirst, spürst du selbst jeden tag! ob im betrieb oder in der berufsschule, immer bist du es der schön brav und folgsam alles tun und sagen muß, was dir deine "herren" vorplappern. quatschen dir etwa nicht die "lehrpersonen" in der schule die ohren voll mit "leistung - weiterkommen - wohlstand" usw.

STIMMT DENN DAS ALLES?

als arbeiter bist du in einem betrieb oder in einer fabrik beschäftigt.

WEM GEHÖRT DIESE FABRIK?

warum lebt der, dem diese fabrik gehört unvergleichlich besser als alle arbeiter? obwohl doch diese nicht faul sind, sondern im gegenteil täglich hart arbeiten müssen.

AUCH DU GEHÖRST DAZU!

du bist ein teil der arbeiter, der klasse, die alles schafft und der doch nichts davon gehört..... denen aber, die sich als besitzer deiner arbeit ausgeben, obwohl sie absolut nichts dazu beitragen, gehört alles. das sind fragen, die du dir sicherlich schon oft überlegt hast.

ES GIBT EINE ANTWORT UND ES GIBT EINE LÖSUNG!

im betrieb und in der schule reden sie von demokratie und freiheit. du hörst, daß alle menschen angeblich gleich seien und daß man es mit fleiß "zu etwas bringen kann".




was ist das aber für eine freiheit, die dem "besitze und geld gibt als dem erzeuger aller werte, dem arbeiter? Was ist das für eine freiheit, die den arbeiter zum menschen zweiter klasse stempelt?

ES IST DIE FREIHEIT UND DIE DEMOKRATIE DER REICHEN!

was bietet diese gesellschaft dem arbeiter wirklich? wenn du ausgelernt hast, wirst du etwas mehr verdienen und dir (natürlich auf raten) vielleicht ein auto kaufen können. bei einer wohnung sieht das aber schon viel schwieriger aus. da wirst du schon heiraten und viele überstunden machen müssen, dann (natürlich mit einem kredit) wird es vielleicht reichen. jetzt bist du aber verschuldet und ganz in der hand der reichen. Wenn du streiken willst, drohen sie dir, wenn du aufmuckst, schmeißen sie dich hinaus. Und wer bezahlt dann die raten?

DU KANNST DEM ALLEN NICHT DAVONLAUFEN!

es ändert sich nichts, wenn du "hasch" rauchst oder alkohol trinkst! was immer du machst, sie verdienen an dir und deiner arbeitskraft!

ES GIBT NUR EINEN WEG, DIES ALLES ZU ÄNDERN!

allein können wir nichts erreichen, vereint sind die arbeiter jedoch unbesiegbar! wir sind die große mehrheit der bevölkerung und ein minimal kleiner teil von menschen frißt sich von unserer arbeit fett!

---

**43 66 863** ACHTUNG! ACHTUNG! ACHTUNG! ACHTUNG! Neue Telefonnummer im Lokal der VRA ACHTUNG! ACHTUNG! ACHTUNG! ACHTUNG! **43 66 863**






Quatsch nicht, das war immer so!

SOLL DAS EWIG SO WEITERGEHEN?

wir müssen uns organisieren, uns über unsere lage im klaren werden und vereint den kampf aufnehmen! es gibt in wien eine organisation, die den langen und schwierigen kampf bereits aufgenommen hat. wenn du fragen hast oder wenn du glaubst, daß das, was wir dir hier gesagt haben stimmt oder nicht stimmt, dann wende dich an die VEREINIGUNG REVOLUTIONÄRER ARBEITER, wien 8., schönborngasse 6, tel. 43 66 863 (donnerstag und freitag ab 19 uhr). vertreter unserer organisation werden bald das nächste flugblatt vor der berufsschule verteilen, du kannst dich auch an sie wenden!

---

**Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber**



Warum wir die Kandidatur von "offensiv links" als Schützenhilfe für die herrschende Kapitalistenklasse beim Volksbetrug ansehen, darüber schreiben wir in der nächsten Nummer. Darüber diskutieren wir aber auch bei unseren Abenden der "offenen Tür" jeweils am Freitag ab 19 Uhr in unserem Organisationslokal; desgleichen über andere aktuelle Themen.

Die Themen unserer nächsten Schulungsabende (an Donnerstagen jede zweite Woche): Mao Tsetung, Über die Praxis - Über den Widerspruch.

# Die einzige Entscheidung – Wahlboykott

Und wieder nehmen sie uns – das Volk – ins Schlepptau für ihre Ausbeuter-Interessen, für ihre Profitgier; wieder geben sie unsere Stimmen als Alibi an, um sich weiter an uns bereichern, uns weiter unterdrücken, um uns den Urnengang wieder zum Bumerang machen zu können.

Sie wollen, wie jedes Mal, durch Wahlversprechungen – von denen sie nicht eine wirklich erfüllen – uns einreden, wir hätten durch unsere Stimme etwas zu entscheiden.

Viele fallen noch auf den Schwindel herein und wählen "ihre" Partei; sehr vielen ist zwar dieser Betrug klar geworden, sie sehen aber noch immer keine Alternative, keinen Ausweg aus dem sich immer schneller drehenden Wahlkarussell. Sie wählen einmal diese,ein andermal jene Partei und geben den Parteien die Möglichkeit, mit ihnen zu operieren, und dem kapitalistischen System die Chance, sich noch länger im Sattel zu halten.

Aber auch einige"linke" Gruppen deklarieren sich diesmal ganz offen – als Stütze der Bourgeoisie, da sie beschlossen haben, sich an der Wahl am 1o.Oktober zu beteiligen. (Ganz zu schweigen von der revisionistischen "K"PÖ, deren systemtreue Politik schon seit Jahren augenscheinlich ist.)

Diese sogenannten "linken" Gruppen handeln also ganz im Sinne der herrschenden Klasse, indem sie durch ihre Kanditatur – und somit durch die Beteiligung an der bürgerlichen Scheindemokratie – ein Auffangbecken für Unzufriedene darstellen und ebenso neue wie falsche Hoffnungen in den werktätigen Massen zu wecken versuchen. Diesen können nämlich mittels solcher Organisationen – die völlig unmarxistisch handeln,da sie die Existenz des Klassenkampfes leugnen –leicht die Augen verbunden werden, um sie für ihre Klasseninteressen blind zu machen und sie somit vom revolutionären Kampf abzuhalten.

Durch ihre Beteiligung an den Wahlen geben sich diese pseudorevolutionären Vereine selbst als parlamentaristische Kretins aus, die unter dem revolutionären Banner schändlichen Arbeiterverrat betreiben.Damit sind sie um kein Haar besser als ihr revisionistischer Bruder "K"PÖ.

Wen das oben Gesagte noch wundert, dem sei zur Erläuterung gesagt,daß jene Gruppen von bürgerlicher Seite finanziert werden und daher notwendigerweise auch politisch unter Kontrolle der Bourgeoisie stehen.

Dies dokumentiert sich auch in ihren Wahlkampfschwerpunkten, die da lauten: Umweltverschmutzung, Emanzipation der Frau, Mitbestimmung, mehr Freiheit für die Jugend.

Somit schlagen sie in dieselbe Kerbe wie die bürgerlichen und liberalen Parteien und Gruppierungen, die sich, wie schon erwähnt, in ihren Wahlversprechungen sehr liberal und"sozial" geben.

Bleibt nur die Frage: Was ist dabei revolutionär?

Die Vereinigung Revolutionärer Arbeiter hingegen, die seit ihrer Gründung eine konsequente marxistisch-leninistische Linie verfolgt, deren Weiterentwicklung auf den Ideen Genossen Mao-Tsetungs basiert, vertritt nach wie vor, nach genauer Analyse der konkreten Situation in Österreich, den Standpunkt, daß ein aktiver Wahlboykott der einzig richtige und revolutionäre Weg für den österreichischen Arbeiter ist, um das Betrugsspiel der bürgerlichen Demokratie aufzudecken und damit den Kapitalisten harte Schläge zu versetzen. Damit werden die Widersprüche in der kapitalistischen Klassengesellschaft verschärft und so der Boden für eine sozialistische Revolution in Österreich geschaffen.

Die letzten Wahlen bewiesen, daß immer mehr Arbeiter verstehen:

Die einzige wirkliche Entscheidung ist der Wahlboykott!



# LESER SCHREIBEN

## EIN ARBEITER BERICHTET

Ich war zwei Jahre lang in einer Metallfabrik als Metalldrucker beschäftigt. Der Anfangslohn war brutto S 18.– in der Stunde, wogegen der Durchschnittslohn in dieser Branche zu dieser Zeit S 3o.- betragen hat.

Der Chef dieser Firma versicherte mir aber, daß ich schon sehr bald über diesen Lohn hinaus kommen werde; vorausgesetzt, ich würde mein bestes geben. Daraufhin holte ich wirklich alles aus mir heraus, um in kürzester Zeit über diesen Betrag zu kommen.
Als ich nach zwei Jahren den Lohn von S 3o.- brutto erreicht hatte, war meine Arbeitsleistung über dem Akkord und ich fühlte mich gesundheitlich angegriffen.

Die Profitgier trieb meinen Chef, noch mehr zu verlangen. Da ich aber beim besten Willen nicht imstande war, noch mehr zu leisten, lehnte ich dieses beinahe unmenschliche Ansinnen ab; obwohl mir und meinen Arbeitskollegen S 35.- in der Stunde geboten worden war.

Nachher hörte ich zufällig ein Gespräch meines Chefs, das er mit einem Gewerkschaftsfunktionär führte,worin er behauptete, wir seien nicht gewillt noch mehr zu arbeiten, trotzdem er uns "S 45.- pro Stunde" zahle.

Nach einigen Tagen wurde ein neuer Arbeiter eingestellt. Dieser war höchstwahrscheinlich vom Unternehmer präpariert worden, sodaß er sofort versuchte,uns alle mit seiner Leistung zu übertreffen.

Es vergingen noch zwei weitere Wochen bis ich eines Tages bemerkte, daß in meinem Spind das Gewand eines anderes Arbeiters hing. Wie sich herausstellte, war es die Kleidung des "Neuen". Meine hingegen war in einem anderen Kasten untergebracht. Darauf stellte ich den stellvertretenden Chef zur Rede, da der Besitzer der Firma nicht mehr anwesend war.
Der Stellvertreter erklärte mir: Er wisse von nichts, doch habe dies wahrscheinlich der Chef selbst getan;er könne mir aber keinen Grund dafür angeben. Ich gab zu verstehen, daß ich diesen Vorfall als Vertrauensbruch ansehe und mich bei der Gewerkschaft beschweren werde.

Am darauffolgenden Tag war der Besitzer schon vor mir in der Werkstatt. Als ich zu arbeiten beginnen wollte, fragte er mich, was ich hier überhaupt zu suchen hätte. Ich gab höchst erstaunt zur Antwort daß ich arbeiten wolle. Worauf er mir zynisch erklärte:"Ich bräuchte hier nicht mehr zu arbeiten, da ich seit gestern fristlos entlassen sei."
Ich war sehr empört und sagte, daß ich gar nichts davon wüßte. DieAntwort war folgende: "Ach so?Dann sind sie eben seit heute entlassen".
Ich wollte meinen Ohren nicht trauen und erklärte, daß ich dies nicht akzeptieren könne und daher bleiben werde, bis ich eine formelle Kündigung erhalten hätte.

Hierauf verständigte er die Polizei, die mich mit einer Funkstreife abtransportieren sollte. Da ich aber mit der Polizei nichts zu tun haben wollte, zog ich es vor, selbst zu gehen.
Dies alles ereignete sich knapp vor Weihnachten und ich hatte bis zu diesem Zeitpunkt meine Weihnachtsremuneration noch nicht erhalten; außerdem hatte ich meinen Urlaub noch nicht ganz konsumiert. Hätte daher also noch ca. S 4.ooo.- ausbezahlt bekommen müssen, bekam aber tatsächlich nur S 1.5oo.-.

Die Rolle der Gewerkschaft war mir von dem Augenblick an voll und ganz klar, als ich bei dieser (wie ich erfahren mußte) arbeiterfeindlichen Institution vorsprach, um den Sachverhalt bekanntzugeben und mir Ratschläge zu holen.

Der Gewerkschaftsfunktionär, der breit und gelangweilt in seinem Sessel saß, fertigte mich nämlich mit stichwortartigen Antworten und hohlen Phrasen wie: Man müsse doch den Standpunkt des Unternehmers verstehen und man könne nicht mit dem Kopf durch Wand, ab.

Er bot mir zwar auch die Möglichkeit einer Klage beim Arbeitsgericht an,

gab mir aber gleichzeitig zu verstehen, daß eine solche Klage wenig Sinn hätte, da ich ohnehin nicht durchkommen würde.
Mit diesem Brief will ich nur aufzeigen, zu welchen Methoden die Kapitalisten greifen, wenn sie einen, ihren Vorstellungen nach nicht mehr profitablen Arbeiter los werden wollen; und daß die Gewerkschaft nur die Aufgabe hat, die Unternehmer zu schützen und dabei die Arbeiter zu verraten.

W. M. Wien

EIN FALSCHER ZUNGENSCHLAG

"Wir appellieren an alle ehrlichen revolutionären Kräfte: Stellt alle persönlichen Zwistigkeiten und Eifersüchteleien ein, orientieren wir uns auf einen gemeinsamen revolutionären Weg. In ganz Europa, wie letztlich auch in Österreich, stehen wir vor der Entscheidung:
Revolution oder Faschismus.
Die Verantwortung, wie die Entscheidung ausfallen wird, liegt wie gesagt bei uns allen!"

Dies sind die Schlußsätze des Artikels "Wilder Streiksturm über Europa und eine Lehre daraus" unseres Zentralorgans "Für die Volksmacht" Nr. 53 ,Juli 1971.

Einer Orientierung auf einen gemeinsamen revolutionären Weg wird hier das Wort geredet, appelliert wird an unsere Verantwortung, persönliche Zwistigkeiten und Eifersüchteleien, die uns von dieser großen und schwierigen Aufgabe nur abhalten, einzustelle[n]. Kein Appell um des Appelles willen, denn sehr nachdrücklich wird dargelegt daß von dieser Entscheidung es letztlich abhängt, ob sich die Revolution oder wie schon einmal der Faschismus durchsetzt. Damals wie heute hat der Faschismus nur dann eine Chance, wenn er die Uneinigkeit des revolutionären Lagers ausnützen kann.
Es ist hier nicht die Frage, inwieweit man ideologische Meinungsverschiedenheiten vertuschen oder verleugnen soll, es ist auch nicht die Frage den Opportunismus anstelle einer klaren politischen Linie zu setzen, aber es ist sehr wohl fraglich billige, unfundierte Polemiken, die sogar dort Fronten setzen wo keine sind, anzubringen und damit potentielle, subjektiv durchaus ehrliche Genossen anderer Gruppen abzuschrecken und uns selbst ins fahle Lic[h]t der Sektierer zu stellen.

In der letzten Nr. der "Roten Garde" hieß es in einem Artikel über die Organisation "Spartakus":

"Eine wirre Praxis, mit faschistoiden Tendenzen, illusionäres Geschreibsel zeichnet diesen Haufen aus."

Wenn es uns tatsächlich ernst ist, uns einen gemeinsamen revolutionären Weg e[r]arbeiten zu wollen, dann muß hier nic[ht] die billige unsachliche Art der Polemik kritisiert werden, sondern dann muß festgestellt werden, daß eine derartige Position wie sie in jenem Artikel vertreten wurde prinzipiell falsch ist. Ein Wort wie "faschistoid", eine Bezeichnung wie "Haufen" sind nicht dazu angetan unseren Namen bei Genossen, mit denen wir bei manchen Aktionen, ich erinnere nur an die Anti-Lütgendorf-Demonstration, Schulter an Schulter standen, den Gehalt zu geben, der nötig wäre, diesen Genossen die Augen zu öffnen und klare Überlegungen bezüglich ihrer politischen Position und eine Korrektur derselben zu gestatten.
Man kann nicht gemeinsam mit diesem "Haufen" demonstrieren, nur um danach über ihn herzufallen und ihn "faschistoid" zu nennen.

Unsere Aufgabe, jetzt und in der Zukunft, darf doch nicht die sei[n], daß wir Genossen anderer Gruppen mit Verbalinjurien bewerfen und verschrecken, sondern unsere Bemühungen müssen doch dahingehend laufen, daß wir einen Kampf, einen sachlichen Kampf, nicht gegen sondern um diese Genossen führen, um schließlich mit ihnen gemeinsam den revolutionären Weg zu gehen.

P. F. Wien

**Wir bejahen die in diesem Brief vorgebrachte Meinung, sie entspricht voll und ganz der Linie unserer Organisation. Es war ein Fehler, daß wir diesen falschen Zungenschlag eines einzelnen Genossen passieren ließen. Das ändert allerdings nichts daran, daß die von "Spartakus" verbreiteten Ansichten in wesentlichen und grundsätzlichen Fragen im schroffen Gegensatz zum Marxismus-Leninismus stehen.**

Die Redaktion



# GENOSSEN, FREUNDE, LESER !

Solange wir schwach und ungefestigt waren, hatte der Klassenfeind uns gegenüber leichtes Spiel. Er bekämpfte uns mit der alten Methode der herrschenden Klasse Österreichs - dem Totschweigen. Nun, er mußte einsehen, daß diese Methode nicht verhindern konnte, daß unsere Organisation stärker und schlagkräftiger wurde. Heute ist es so, daß die VRA der Kristallisationspunkt der revolutionären Menschen in Österreich ist. Indem wir uns immer mehr mit den Ideen Mao Tsetungs stählen, nimmt unsere politische und ideologische Kraft ständig zu. Der Klassenfeind weiß ganz genau, daß wir auf diesem Gebiet nicht zu bekämpfen sind. Er weiß aber auch genau, daß wir finanziell schwach sind. Daß wir uns als eine wirkliche Organisation revolutionärer Arbeiter ausschließlich auf die eigene Kraft stützen, auf die Solidarität und Opferbereitschaft unserer Genossen und Freunde. Und daher versucht der Klassenfeind uns politisch mundtot zu machen, indem er uns finanziell-wirtschaftliche Schläge versetzen will.

Die große Bank der SPÖ, die BAWAG (die KPÖ gehört zu ihren Kundschaften), hängt uns wegen unserer Broschüre "Am Beispiel der BAWAG" wegen Kreditschädigung (!) einen Prozeß an. Aus unserem Organisationslokal, das immer mehr zum Treffpunkt revolutionärer Menschen wird, will man uns hinausbringen. Wir sollen Geldstrafen aus allen möglichen Anlässen zahlen.

Wir müssen erkennen, daß alle diese Angriffe gegen uns, die noch ergänzt werden durch ideologische Wühltätigkeit und vermehrter "Aufmerksamkeit" der Polizei, wie zuletzt in Vorarlberg, nicht zufällig kommen. Die herrschende Klasse konzentriert die Angriffe gegen unsere Organisation gerade jetzt, wo sie daran ist, ihre ausbeuterischen Aktionen gegen das werktätige Volk zu verstärken und bei den Nationalratswahlen den Betrug mit dem Parlamentarismus noch einmal erfolgreich durchzuführen. Weil unsere Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML) die einzige Kraft in Österreich ist, die richtig und wirkungsvoll den Kampf gegen die herrschende Klasse führt, weil wir gefährlich für sie geworden sind, deshalb soll unsere Organisation vernichtet werden.

Genossen, Freunde, Leser! Wir müssen diese Angriffe abwehren. Dazu brauchen wir aber eure Solidarität und Unterstützung. Wir müssen diese Angriffe aber nicht nur abwehren, sondern zum Gegenangriff übergehen, indem wir unsere Agitation und Aktivitäten noch verstärken. Noch mehr von unseren Zeitungen, noch mehr Flugblätter hinein in die Massen der arbeitenden Menschen! Noch mehr Diskussionen in den Betrieben und Wohnbezirken! Noch mehr Kampf für die Stärkung der VRA!

Wir sind überzeugt davon, daß die finanziellen Angriffe gegen uns genauso scheitern werden, wie die politischen und ideologischen; jeder Angriff des Feindes hat uns noch immer stärker gemacht.

Genossen, Freunde, Leser, beweist, daß unsere Ansicht richtig ist. Unterstützt uns finanziell soweit als es nur irgendwie möglich ist.

Der Klassenfeind wird nicht durchkommen, wir werden erfolgreich weiterstürmen!

ROT FRONT

## Schliessen wir uns zusammen, um den Imperialismus und alle Reaktionäre zu besiegen!

# DIE BETRUGSREFORM

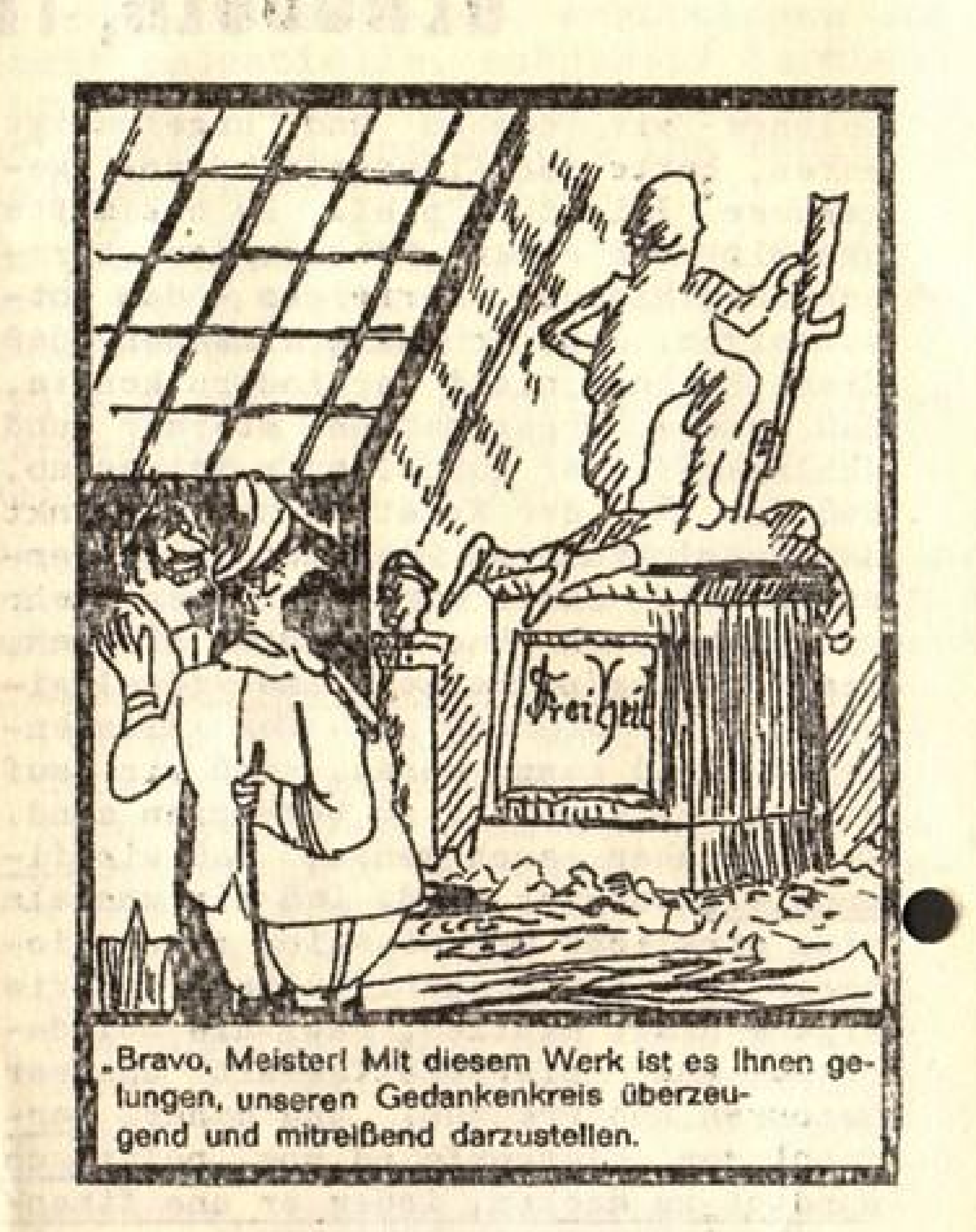
1.-S zu geben und 1oo.-S zu nehmen, wie heißt das in Österreich unter Kreisky & seinem Team? Reform natürlich! Da hatte die SP-Führung vor den letzten Wahlen einen guten Stimmköder entdeckt. "Bei SP-Mehrheit: 6 Monate Wehrdienst noch heuer" versprach die "AZ" 14 Tage vor der Wahl. Gut Ding braucht Weile, vor allem bei einem so passenden Minister, wie Lütgendorf. Und Lütgendorf war für die geplante"Verkürzung" auch wie geschaffen, hatte er auf die Erklärung eines pensionierten Militärs im Fernsehen "sechs Monate Dienst reichen aus", mit dem Wutschrei "der Mann müßte noch in der Pension degradiert werden" reagiert.

Dafür ist auch eine "Superreform" herausgekommen: 6 Monate Präsenzdienst plus 12 Wochen Waffenübungen plus weitere unbegrenzte Waffenübungen, wenn's der Regierung paßt! Der Wehrdienst wurde also verlängert und nicht verkürzt. An dieser Tatsache können auch keine Zahlenzaubereien der "AZ" mit angeblich 124 Tagen Instruktionsübungen, die bisher gewesen sein sollen, etwas ändern. Bis jetzt betrug das Höchstausmaß an Inspektionen/Instruktionen 4 Tage im Jahr. Um 124 Übungstage zu erreichen, müßte 31 Jahre hindurch eine Einberufung erfolgen. Wen will die "AZ" mit einer derartigen Jonglierere blöd machen?

Wer garantiert übrigens, daß es bei 6o Tagen bleibt? Lütgendorf wies selbst mit der Bemerkung "Die jetzige Dauer der Waffenübungen war auch nicht vom ersten Tag da",auf die hinterhältigen Absichten der Militaristen hin.

Oder anders: Die Regierung erklärt einfach den "Krisenfall" und man ist mit einem Schlag auf unbegrenzte Zeit beim Barras. Hier wurde eine im Wesen faschistische Ausnahmebestimmung geschaffen, die direkt gegen die Arbeiter gerichtet ist.

Mit der Einführung obligatorischer Waffenübungen hat die SP-Regierung eine neue Etappe der Militarisierung




„Bravo, Meister! Mit diesem Werk ist es Ihnen gelungen, unseren Gedankenkreis überzeugend und mitreißend darzustellen.

eingeleitet. Einmal hiefür die organisatorische Basis geschaffen, können die Waffenübungen in ihrem zeitlichen Umfang immer mehr erweitert werden. Zum Programm der Militarisierung gehört die neugeschaffene "Bereitschaftstruppe", weniger hochtrabend ein Haufen Söldner, deren Zahl Regierung und Landesverteidigungsrat nach Belieben festsetzen können. Wieder eine bequeme Ermächtigung für die Kapitalistenregierungen.

Es ist klar, daß die Verstärkung des Militarismus Geld, Geld und nochmals Geld kostet. Lütgendorf war todernst, als er gegenüber dem "Spiegel" die planmäßige Anhebung des Wehretats auf 7 % des Gesamthaushaltes ankündigte. Immerhin wäre das unter Zugrundelegung des Budgets 197o eine Erhöhung um 3 Milliarden! Diese 3 Milliarden kommen nicht von selbst. Sie werden aus den Taschen der Arbeiter gezogen. Sollen vielleicht die Herren Kapitalisten ihre Garde zahlen?!

Davon spricht die SP-Führung anläßlich dieser Wahl nichts. Ebensowenig wie von einer "Umorganisierung des Ministeriums unter gleichzeitiger Bildung einer militärischen Spitze" (Lütgendorf). Nach der Wahl wird man schon sehen......

Haben Kreisky und andere SP-Führer vielleicht anläßlich ihrer Wahl die Einführung obligatorischer Waffenübungen, die Schaffung faschistischer Ermächtigungsbestimmungen und die Aufstellung einer Söldnertruppe versprochen?

Eines sollte ebenso klar sein: "Protest" mit dem Stimmzettel ist eine unnütze und wirkungslose Geste, welche die Militaristen nicht trifft. Was Not tut, ist, daß die Unzufriedenen und Empörten erkennen, daß weder Schimpfen,noch Selbstmitleid, noch eine einmalige Demonstration etwas nützt.

Notwendig ist der dauernde, organisierte und planmäßige Kampf gegen den Militarismus!

# IN DIE FALLE GEGANGEN

Anläßlich der kampfbetonten antimilitaristischen Demonstrationen vom 8.Juni erkannten Tausende, welche Macht sie - organisiert - waren. Mit einem Mal war deutlich, wer wen fürchten muß. Nicht die Demonstranten verkrochen sich in ihre Tintenburgen, in ihre verdunkelten Kasernen, sondern die scheinbar Allmächtigen im Staat. Der Diskussionsbeitrag der "Regierung für ein modernes Österreich" bestand im Aufmarsch zahlloser stahlhelmbewehrter Polizisten, während als ihre nicht offizielle Schutztruppe alte und neue Nazis erschienen.

Die"Feigheit" Kreiskys erwies sich als glänzende Taktik, denn der Lütgendorf-Protektor kannte seine "Radikalen", die Schwäche ihrer politischen Linie und den kleinbürgerlichen Ehrgeiz im Rampenlicht zu stehen.

Einheitlich gingen Jungrevisionisten, liberale Pazifisten und Spartakisten, der sogenannte Demonstrationsrat, in die Falle. Köder war wie üblich eine "demokratische Diskussion".Natürlich zwei Wochen später, ohne Druck kampfbereiter Demonstranten. Einheitlich "vergaß"der "Demonstrationsrat",was seine einzige Waffe war: die Stärke, Organisiertheit und Militanz der Demonstranten.

Vor den Massen galt es die "Reformregierung" zu entlarven, zu zeigen, daß Lütgendorf das gesagt hatte,was Kreisky wirklich meint!

Ohne die Massen konnten sie nichts anderes als Statisten einer politischen Show sein, in der Kreisky der österreichischen Bourgeoisie zeigen wollte, wie er mit "Radikalen" fertig wird. Daher fand Kreisky zwei Wochen nach der feigen Flucht seinen Mut wieder und drohte keck:

"Und drohen sie mir ja nicht, das sage ich ihnen! Wer sich aufregen will, der soll schauen, daß er hinaus kommt. Streiten können Sie auf der Straße!"

Dieses unfreiwillige mitspielen bei Kreiskys Auftritt als "starker Mann" fällt einzig und allein auf die Verantwortlichen, die Revisionisten, Nenning- und Spartakusleute, zurück! Ihnen ist es gelungen, eine erfolgreiche Demonstration zu kompromittieren! Dafür hat am 8. Juni niemand demonstriert!

# Klassenjustiz

Der Prozeß, den die BAWAG gegen die Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten) anstrengte, war in jeder Hinsicht bemerkenswert. Vor allem deshalb, weil selten unverfrorener und direkter jedem Beteiligten klar gemacht wurde, in wessen Demokratie wir hier leben und welche Funktion die Institution Gericht in ihr einnimmt. Da prozessiert also die BAWAG, eine der reichsten und mächtigsten Banken Österreichs, fest eingefügt im kapitalistischen System, gegen die VRA, den härtesten und konsequentesten Gegner eben dieses Systems, vor einem kapitalistischen Gericht. Schon aus diesem Grund war klar, wie der Prozeß ausgehen würde. Oder hatte allen Ernstes jemand geglaubt, daß sich ein Gericht dieser Gesellschaftsordnung gegen die Interessen der herrschenden Klasse, die es zu vertreten hat, entscheiden würde, gleichsam also sich selbst richten?

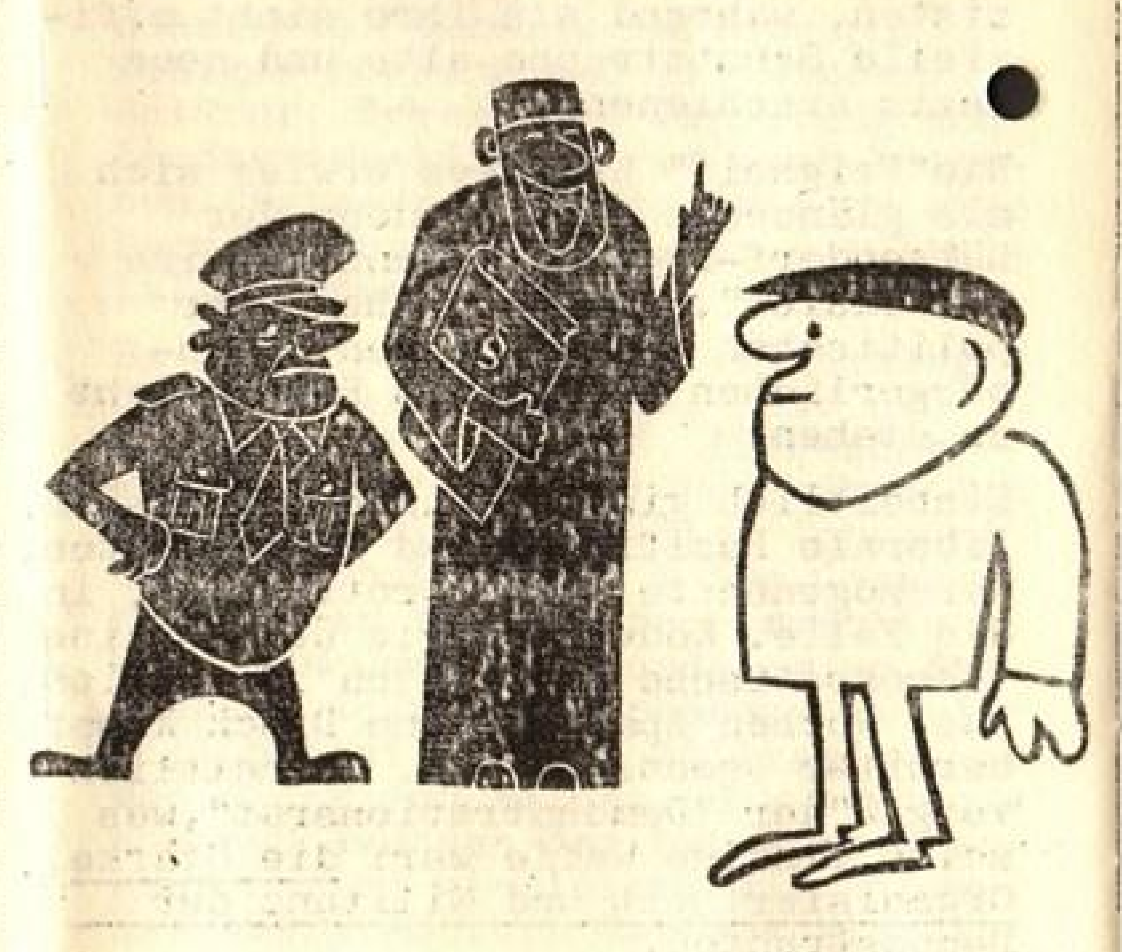
Es kam alles so , wie es kommen mußte. Ein Richter, der die Sache "gemütlich" hinter sich bringen wollte und keinen Hehl aus seiner Antipathie gegenüber den Zuschauern (allesamt VRA-Sympathisierende) machte ("wenn Sie nicht ruhig sind, lasse ich Sie hinausschmeissen"); ein Richter, der brav und bieder jede politische Nuance im Keime seiner seiner Paragraphen erstickte; ein Richter also, der instinktiv ahnte, daß jede Politisierung der Verhandlung für ihn Glatteis bedeutet und ihm den Boden für seine Art der Rechtsprechung entzogen hätte. Ausdrüche wie Kapitalismus oder kapitalistische Wirtschaftsstrukturen waren ihm fremd, ja geradezu feindselig. Als der Verteidiger in seinem Vorbringen mehrmals mit derartigen Begriffen aufwartete, bekundete er loyal: "Ich nehm' Ihnen das nicht übel, als Verteidiger müssen Sie das ja sagen".

Kommen wir zum Kern der Sache: Hier stand unsere Behauptung, am Beispiel der BAWAG aufgezeigt: Wucher und Bestechung sind notwendiger Inhalt dieser Gesellschaftsordnung, dort das bürgerliche Gericht mit dem bürgerlichen Gesetzbuch, in welchem Wucher und Bestechung in der zu dieser Gesellschaft adäquaten Form bestraft wird. Das eine hat mit dem anderen überhaupt nichts zu tun. Es lag nur am Richter, der um Prozente herumfeilschend allen klar zu machen versuchte, um was es ihm dabei ging und was er damit vertrat.

*Wir leben in einer Demokratie.*
*Und wer nicht demokratisch ist,*
*dem werden wir es beibringen.*

Wucher ist seiner Definition und der des bürgerlichen Gesetzbuches zufolge eine Überschreitung der gültigen und bestehenden wirtschaftlichen Norm. Diese Norm ist aber auf das dem Kapitalismus zugrunde liegende Prinzip der Profitwirtschaft begründet und das eben nennen wir Wucher.

Hier liegt die Essenz unserer politischen Einstellung und demzufolge unsere diesbezügliche Behauptung im Fall der BAWAG. Nicht eine Verletzung dieser brutalen ökonomischen Spielregeln der Kapitalsten, um die es dem Herrn Klassenrichter so sehr ging, interessiert uns, sondern uns geht es darum, dieses brutale System anzugreifen und die Dinge beim richtigen Namen zu nennen. Die Pointe dabei ist, daß die BAWAG als "Arbeiterbank" gegründet wurde und ihre Geldmittel von den Arbeitern in Form von Gewerkschaftsbeiträgen und Spargeldern eingebracht worden waren. Indem der Richter in seinem Urteilsspruch bescheinigte, daß die BAWAG nicht aus dem (kapitalistischen) Rahmen fällt, haben die Arbeiter gerichtsnotorisch gesagt bekommen, wozu ihr Geld verwendet wird.



Damit hat der Richter aber auch die Richtigkeit unserer Argumente bestätigt. Nichts anderes haben wir gesagt und wollen wir beweisen: Die Politik der SPÖ-Führung ist die Politik des Großkapitals. Die Geschäftsmethoden eines Klenner sind nicht anders als die eines Rothschild. Betriebsräte werden allerdings von der BAWAG nicht bestochen; die Beträge, die sie dafür erhalten, daß sie bei der Abwicklung eines Kredits mithelfen, sind "bestenfalls" als "Aufwandsentschädigung" einzustufen.

Bleibt noch der Anschauungsunterricht in "Demokratie" zu erwähnen, den wir auch erhalten haben: Unsere Meinung können wir haben. Nur dürfen wir sie uns höchstens denken aber darüber schreiben nicht. Denn da sind Grenzen gezogen und wenn diese überschritten werden, ziehen wir das Strafrecht heran. Gesagt und getan vom Richter.

+++

Unser verantwortlicher Genosse wurde zu einer Geldstrafe von S 1000.- verurteilt (oder eine Woche Arrest). Die sehr hohen Prozeßkosten wurden uns ebenfalls auferlegt.

## Sportfanatismus und seine Bedeutung

Welchen Zweck der Sport und die dadurch entfaltete fanatische Begeisterung in den kapitalistischen Ländern und natürlich auch in Österreich hat, zeigte ganz deutlich Kurt Jeschko in einem Artikel in der "Presse", den er "Freundliche Aggressionen" betitelte.

Herr Jeschko beschreibt den Siegestaumel, in den die Anhänger des Fußballvereines "Wacker Innsbruck" verfallen sind, als "ihr" Club die Meisterschaft gewonnen hat.

Den Kommentar, den dieser saubere Herr dazu und zu den daraus entstehenden "Entgleisungen", die "es natürlich auch gegeben hat", schrieb, ist bezeichnend, in welche Rolle die herrschende Klasse - und damit auch die bürgerliche Presse, als Sprachrohr der Bourgeoisie - solche sportliche und andere Ereignisse hineindrängt.

Lassen wir einmal den Kommentar, in dem unter anderem folgendes gesagt wird, selbst für sich sprechen :

"Das Fest von Innsbruck hat wieder einmal gezeigt, welche Emotionen der Sport und Fußball im besonderen zu erwecken vermag." ... "Wenn aber Ereignisse in der Folge noch so viel Begeisterung entfachen können, wenn eine siegreiche Fußballmanschaft imstande ist, eine Großstadt aufzuwecken, dann kann es um die Anziehungs- und Strahlkraft des Sports noch nicht so schlecht bestellt sein. Und fast sind wir überzeugt, .. daß dieses Beispiel Schule machen wird...."

Was ist das für eine "Strahlkraft", -besser gesagt welche Bedeutung ist es, die da von den bürgerlichen Schreiberlingen in den Sport, der solche "Emotionen zuerwecken vermag", hineingelegt wird?

Die Bedeutung liegt darin, daß sich die werktätigen Massen (und insbesondere das Proletariat) auf diese Weise ihrer, im Produktionsprozeß aufgespeicherten "Aggressionen" - also ihres Klassenhasses und Kampfwillens entledigen können. Diese Art von Abbau der "Aggressionen" ist für das kapitalistische System die bequemste und ungefährlichste.

Mit diesem, von der Bourgeoisie gezüchteten sportlichen Fanatismus will sie sich vor einem bewußten und gezielten Handeln der Massen, das unweigerlich zur sozialistischen Revolution führt, schützen.

Dies gibt der Autor des uns vorliegenden "Presse"-Artikels unumwunden zu, wenn er zum Schluß seines Kommentars schreibt:

"Und mag es auch Kritiker geben, die sich an manchen närrischen Zügen dieser Begeisterung und an kleinen Gewalttätigkeiten des Fanatismus stoßen, der Befriedigungswert solcher Demonstrationen ist auf alle Fälle größer als der Schaden. Solange sich Aggressionen in endlosen Chorälen und anstrengenden Tänzen um die neuen Idole erschöpfen, ist alles in Ordnung, auch das was nicht in Ordnung ist. Torschüsse und ihre Folgen sind immer besser als andere Schüsse." - und ihre Folgen -, ergänzt die Redaktion.

Dieses Satzes bedarf es keines weiteren Kommentars.

